

## DIE VORSITZENDE

Berlin 20.10.2017  
Herbstsitzungen des Wissenschaftsrates

PROFESSORIN DR. MARTINA BROCKMEIER

# Vertrauen in die Wissenschaft

## BERICHT DER VORSITZENDEN ZU AKTUELLEN TENDENZEN IM WISSENSCHAFTSSYSTEM

### I. ANLASS

Verglichen mit vielen anderen Ländern scheint es in Deutschland um die Wissenschaft gut bestellt zu sein. Wissenschaft genießt den Schutz von Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes und wird von Bund und Ländern umfassend und in verlässlicher Weise gefördert. Die öffentliche Reputation der Wissenschaft ist durchaus gut. Und trotzdem finden derzeit viele bei aufmerksamer Beobachtung Anlass, das Vertrauen in die Wissenschaft auch in Deutschland gefährdet zu sehen. Ein laxer Umgang mit dem eigenen Anspruch der Wissenschaft, etwa im Umgang mit Plagiaten oder anderen Verstößen gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis, und allzu vollmundige Versprechen seien geeignet, dieses Vertrauen zu untergraben und würden den Status der Wissenschaft untergraben. Gleichzeitig sei die Bedeutung der Wissenschaft immens gestiegen, weshalb sie zu recht unter viel intensiverer Beobachtung stehe als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Wissenschaft müsse sich deshalb mit den ihr gestellten kritischen Fragen intensiv befassen.

### II. WAS BEDEUTET EIN VERLUST AN VERTRAUEN IN DIE WISSENSCHAFT FÜR UNSERE GESELLSCHAFT?

Schwindendes Vertrauen in Wissenschaft wird häufig als Teil einer allgemeinen Elitenkepsis oder sogar eines generellen Vertrauensverlusts in der Gesellschaft gesehen.

Aber was ist das eigentlich: Vertrauen? Und warum wäre es so schädlich, wenn es in der Gesellschaft weniger Vertrauen gäbe?

Ohne auf die sozialwissenschaftliche und psychologische Literatur zum Thema eingehen zu können, bedeutet Vertrauen in diesem Zusammenhang für mich die Bereitschaft, sich auf Sachauskünfte, Ratschläge oder Entscheidungen anderer zu verlassen, ohne sie selbst zu überprüfen oder überprüfen zu können. Es gibt immer wieder Bedingungen, unter denen es schwierig ist, Vertrauen aufzubauen, nämlich vor allem dann, wenn es eine sogenannte Informationsasymmetrie gibt. Welche Folgen sich dann bei-

spielsweise für die Entwicklung eines Marktes ergeben, hat Nobelpreisträger George Akerlof bereits vor langer Zeit illustriert. |<sup>1</sup>

Doch warum ist gerade die Wissenschaft in besonderem Maße auf Vertrauen angewiesen?

Ein zentraler Grund ist aus meiner Sicht, dass die Institutionalisierung von Wissenschaft in einer Gesellschaft Ausdruck einer besonderen Form von Arbeitsteilung ist, die „kognitive“ oder „epistemische Arbeitsteilung“ genannt werden könnte: Wissenschaft ist diejenige gesellschaftliche Institution, deren Aufgabe es ist, ‚Wissen zu erarbeiten‘ und es der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Dieses Wissen kann auch über einen ‚Transfer über Köpfe‘ an die Gesellschaft weitergegeben werden und beinhaltet dann neben (Fach)Wissen auch Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktvorbereitung.

Den aktuellen Wissensstand in einem Feld zu erfassen und die richtigen Methoden für Analyse und Weiterentwicklung zu erlernen, erfordert eine langjährige und hoch spezialisierte Ausbildung. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind damit in ihrer Rolle Expertinnen und Experten, die zu Laien in eine asymmetrische Beziehung treten: Laien können *per definitionem* nicht selbst überprüfen, ob Aussagen von Expertinnen und Experten zutreffen.

Das schließt nicht aus, dass Laien eine besondere Expertise im Erkennen von Expertise entwickeln können; und es gibt auch so etwas wie eine passive Expertise, die durch intensive Beschäftigung mit einem Feld auch ohne eigenen Beitrag zur Erweiterung des Wissens erworben wird. |<sup>2</sup> Vollen Nutzen aus der Expertise anderer kann aber nur ziehen, wer den Menschen vertraut, die Expertise besitzen.

Wenn also Wissenschaft die Quintessenz von Expertise ist, dann kann sie ihre gesellschaftliche Funktion, die "Erarbeitung und Bereitstellung von Wissen", nur erfüllen, wenn andere ihren Ergebnissen vertrauen.

Ein Verlust dieses Vertrauens würde nicht nur dazu führen, dass wir auf technische Möglichkeiten und innovative Entwicklungen verzichten müssten. Meiner Meinung nach wäre ein Verlust des Vertrauens in Wissenschaft auch ein Problem für die Demokratie.

Denn Demokratie ist ein Mittel, mit dem gemeinsame Angelegenheiten gewaltfrei und diskursiv geregelt werden können. Das setzt voraus, dass wir bereit sind, andere Positionen als legitim anzuerkennen und uns mit ihnen ernsthaft auseinanderzusetzen. Im Zuge dessen sollten wir aufgeschlossen dafür sein, unsere Meinungen zu überdenken und zu verändern, wenn andere überzeugende Argumente vorbringen.

Wir haben gelernt, wie wichtig es dafür ist, Sachfragen von denjenigen Fragen zu trennen, in denen es um Wert- und Interessenkonflikte geht. Es trägt immens zur Befrie-

|<sup>1</sup> Akerlof, George A. (1970): „The Market for ‘Lemons’. Quality Uncertainty and the Market Mechanism.“, *The Quarterly Journal of Economics* 84 (3), S. 488–500.

|<sup>2</sup> Vgl. „Interactional Expertise and Embodiment“, Collins, H. & R. Evans *Rethinking Expertise*, U Chicago Press, 2007, S. 77 ff.

derung des demokratischen Diskurses bei, wenn wir uns verständigen, für die Klärung von Sachfragen auf das jeweils beste verfügbare Wissen zurückzugreifen.

Und weil Wissenschaft dasjenige gesellschaftliche Teilsystem ist, das im Sinne epistemischer Arbeitsteilung für die Bereitstellung des jeweils besten verfügbaren Wissens verantwortlich ist, impliziert Willensbildung durch Diskurs in einer Demokratie demnach auch, dass Bürger Anspruch darauf haben, in diesem Prozess auf Wissenschaft zurückgreifen zu können – ohne dass politische Fragen, die immer Sachfragen mit Wert- und Interessenskonflikten verbinden, deshalb durch Wissenschaft vorentschieden würden.

Wissenschaft ist nach diesem Verständnis eine wichtige Ressource für eine lebendige Demokratie und kann das nur sein, wenn Bürgerinnen und Bürger ihr grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen; gleichzeitig bringt Wissenschaft aber auch eine unaufhebbare Spannung in den politischen Prozess: denn wegen der Asymmetrie der Beziehung zwischen Laien und Experten stellt Willensbildung unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse das Prinzip der politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger – in den USA als *one person, one vote* auf den Punkt gebracht – in Frage.

Wer kraft gesellschaftlicher Rolle die Meinungsbildung vieler beeinflusst, hat Macht. Daraus entspringt eine besondere politische Verantwortung aller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen darüber Rechenschaft ablegen, in welcher Weise sie der mit Vertrauen verbundenen Verantwortung gerecht werden. Und sie müssen das nicht nur um der Wissenschaft selbst willen tun – das Vertrauen in die Wissenschaft zu schützen und zu bewahren, ist auch ein Teil der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft.

### **III. GIBT ES IN DEUTSCHLAND EINE VERTRAUENSKRISE DER WISSENSCHAFT?**

---

In Deutschland wird Wissenschaft nicht nur durch die politischen Institutionen mit großem Nachdruck gestützt. Auch die Bevölkerung ist im Grundsatz mehrheitlich positiv eingestellt: Nach dem Wissenschaftsbarometer 2017 haben mit 50 Prozent der Bevölkerung nur eine knappe Mehrheit „eher Vertrauen“ in die Wissenschaft. Aber nur 12 Prozent geben an, sie hätten eher kein oder gar kein Vertrauen. Unter den möglichen Gründen, weshalb die Bevölkerung Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vertrauen sollte, findet am meisten Zustimmung der Grund, dass sie Experten auf ihrem Feld sind (72 Prozent). Von einer generellen Wissenschafts- oder Expertenskepsis zu reden, wäre also übertrieben.

Allerdings ist unklar, was mit so einer generellen Frage nach dem Vertrauen in Wissenschaft eigentlich erhoben wird. Haben Normalbürger denn überhaupt generelle Meinungen zur „Wissenschaft“? Greifen sie nicht in ganz unterschiedlichen Kontexten manchmal auf wissenschaftliches Wissen zurück – ein anderes Mal eben nicht?

Das würde erklären, warum so viele Befragte sich nicht festlegen mögen, und wird auch durch die Antworten auf spezifischere Fragen bestätigt. Denn sobald es um das Vertrauen geht, das Personen in wissenschaftliche Erkenntnisse zu einzelnen Themen setzen, gibt es große Unterschiede im Antwortverhalten.

Dabei hat das Ausmaß von Vertrauen oder Skepsis nicht zwangsläufig mit einer allgemeinen Innovationsfeindlichkeit zu tun, die den Deutschen gerne nachsagt wird. Manche Innovationen stoßen in Deutschland auf breite Ablehnung; das gilt etwa für die Grüne Gentechnik, ein Feld, in dem laut Wissenschaftsbarometer 2016 nur 17 Prozent der Befragten der Wissenschaft trauen. Aber andere Innovationen, etwa im Bereich der mobilen Kommunikation, werden im Vergleich eher unkritisch begrüßt und mit großer Geschwindigkeit von breiten Teilen der Bevölkerung angenommen.

Auch die Qualität der Evidenz, die für eine Aussage angeführt werden kann, oder die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Modelle können nur bedingt vorhersagen, ob sich eine breite Gruppe von Personen durch sie überzeugen lässt. Eine einzige, mehrfach widerlegte und am Ende zurückgezogene Studie über einen vermeintlichen Zusammenhang von Mehrfachimpfungen mit Autismusfällen hat genügt, um noch heute, fast 20 Jahre später, eine so große Zahl von Eltern zu „Impfskeptikern“ zu machen, dass der Masernschutz der deutschen Bevölkerung ernsthaft gefährdet ist. Ignoriert wird dabei der breite Konsens der Epidemiologie, dass zum Schutz schwacher Personen, die nicht geimpft werden können, eine hohe Impfquote notwendig ist. Und bekanntlich haben auch die Modellrechnungen zu den Folgen des Brexit eine Mehrheit der britischen Bevölkerung am Ende nicht überzeugen können, sondern sind im Gegenteil zum Anlass für Invektiven gegen Expertinnen und Experten geworden.

Andere Überzeugungen sind fest verankert, obwohl es trotz intensiver Bemühungen der Wissenschaft nicht gelungen ist, für sie wissenschaftliche Belege zu finden. So erfreuen sich Behandlungsverfahren der sogenannten Alternativmedizin in Deutschland so großer Beliebtheit, dass sich Krankenkassen genötigt sehen, manche Praktiken aus den Beiträgen der Versicherten zu finanzieren, obwohl es für deren Wirksamkeit keine Belege gibt. Hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse vielleicht nicht bestritten, werden aber durch anderweitige Erwägungen überstimmt.

Diese Beispiele zeigen, dass es offenbar auch externe Faktoren gibt, die beeinflussen, ob die breite Mehrheit der Bevölkerung zu einem bestimmten Thema der Wissenschaft traut. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler neigen dazu, auf die Politisierung solcher Diskurse mit dem Wertfreiheitspostulat zu reagieren: Wissenschaft, so ihr Argument, bemühe sich, Sachfragen neutral zu beantworten, und enthalte sich aller Wertaussagen. Welche Fragen sie verfolge und zu welchen Ergebnissen sie komme, dürfe nicht von tagespolitischen Gegebenheiten abhängig sein. Sie sei deshalb der falsche Adressat für alle Arten von Einwänden, die damit zu tun haben, ob der Einsatz einer bestimmten Technologie wünschenswert oder wie auf prognostizierte Entwicklungen zu reagieren sei.

Dem Wertfreiheitspostulat ist aber nur selten Erfolg beschieden. In polarisierten Debatten wird nicht unterschieden, ob ein Phänomen oder eine mögliche Technologie ergebnisoffen oder unter der Maßgabe ihres Einsatzes erforscht wird. Das führt zum Beispiel dazu, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Risiken Grüner Gentechnik untersuchen oder sich mit möglichen Nebenwirkungen der Techniken des Climate Engineering befassen, oft erheblichen Anfeindungen ausgesetzt sind. So verhindern die Kritiker dieser Technologien eine nüchterne Beurteilung der Sachlage, selbst wenn die Ergebnisse dieser Beurteilung ihr Anliegen möglicherweise stützen würde.

Werden die verschiedenen Fälle unabhängig von ihrer Politisierung betrachtet, ist aber auch die Art des Zweifels der Bürgerinnen und Bürger ganz unterschiedlich. Auffällig ist, dass nicht alle Argumente dafür zugänglich sind, durch ein Wertfreiheitspostulat beantwortet zu werden:

- \_ In manchen Fällen bestreiten Menschen die Richtigkeit wissenschaftlicher Aussagen, die ihren vorgefassten Überzeugungen widersprechen. Sie glauben aber an die Wertfreiheit der Wissenschaft und setzen sich mit den Themen auf der Basis von Sachargumenten auseinander.
- \_ In anderen Fällen wird nicht die Wahrheitsfähigkeit von Wissenschaft per se in Frage gestellt, sondern die Lauterkeit einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen mangelnde Integrität, Interessenkonflikte oder sogar Verschwörungen mit „den Mächtigen“ unterstellt werden. Auch in solchen Fällen besteht Konsens über das Wertfreiheitspostulat; es wird den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sogar ein Vorwurf daraus gemacht, es zu verletzen.
- \_ In wieder anderen Fällen haben Menschen Angst vor Risiken, die mit dem durch Wissenschaft ermöglichten technischen und gesellschaftlichen Wandel verbunden sind. Solche Konflikte drehen sich darum, wie mit Unsicherheit und Risiken umzugehen ist: Sollten im Sinne des Vorsorgeprinzips Handlungen, deren Folgen nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden können, grundsätzlich unterlassen werden, oder ist Unsicherheit nur ein Grund, mögliche Risiken genauer zu erforschen und schließlich Chancen und Risiken alternativer Handlungsoptionen gegeneinander abzuwägen? Hier spielt das Wertfreiheitspostulat keine Rolle.
- \_ Schließlich lehnen bestimmte Bevölkerungsteile die „Selbstermächtigung“ des Menschen aus gesinnungsethischen Gründen ab. Dies ist besonders auffallend bei der Grünen Gentechnik, wo 75 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, „der Mensch [habe] kein Recht, Pflanzen und Tiere gezielt gentechnisch zu verändern“. |<sup>3</sup> Gesinnungsethische Gründe spielen somit immer dann eine Rolle, wenn es für verwerflich gehalten wird, bestimmten Fragestellungen überhaupt nachzugehen. Vertreter solcher Positionen bestreiten die Existenz des Wertfreiheitspostulats ganz bewusst; nach ihrer Überzeugung gibt es keine wertfreie Wissenschaft, weil es kein wertneutrales Wissen geben kann.

|<sup>3</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Naturbewusstsein 2015, Berlin 2016, S. 38.

Die Vielfalt der Fälle und die Heterogenität der Argumente zeigen deutlich, dass wir es nicht mit einem monolithischen Phänomen namens „Vertrauenskrise“ zu tun haben.

Und es gibt auch in Deutschland durchaus Grund zur Sorge. Denn was wir an verschiedenen Stellen beobachten, ist, dass sich interessierte Akteure Zweifel und Misstrauen an Wissenschaft zunutze machen. Das reicht von der provokativen Störung von Veranstaltungen über die Diffamierung von Personen, indem ihnen Etiketten wie „Rassist“ oder „Chauvinist“ angehängt werden; bis hin zu Morddrohungen gegen Wissenschaftler, die Tierversuche durchführen, oder gar gegen deren Familien.

In anderen Feldern sind große, gut organisierte Interessengruppen engagiert, die eher daran interessiert sind, möglichst seriös zu wirken. Sie beeinflussen die öffentliche Meinung mit Medienkampagnen, durch Lobbyarbeit oder sogar, indem sie Forschungsprojekte unterstützen, die aus ihrer Sicht geeignet sind, Zweifel an missliebigen Erkenntnissen zu säen. |<sup>4</sup>

Solche Methoden, das zeigen uns Beispiele aus den USA überdeutlich, sind durchaus geeignet, eine extreme Polarisierung in der Bevölkerung zu erzeugen, durch die Wissenschaft gezwungen sein könnte, sich in einem Freund-Feind-Schema zu verorten. Das aber wäre das Ende des gesellschaftlichen Vertrauens in Wissenschaft ebenso wie der Wissenschaftsfreiheit.

Wir müssen deshalb auch scheinbar randständige, für sich nicht bedrohlich scheinende Angriffe auf die Wissenschaft ernst nehmen und lernen, auf sie zu reagieren.

#### IV. WAS IST ZU TUN?

---

Die gängige Antwort auf diese Herausforderungen lautet, es brauche mehr Aufklärung darüber, dass Wissenschaft der Wertfreiheit verpflichtet ist und wie Wissenschaft funktioniert. Es müsse immer wieder erklärt werden, warum Wissenschaft zwar nicht zu letztgültigen Wahrheiten, aber trotzdem zu verlässlicher Erkenntnis führe, und weshalb der Widerstreit von unterschiedlichen Positionen den wissenschaftlichen Fortschritt befördert und darum zu ihrem Wesen gehört. So aufgeklärt, würden auch Laien akzeptieren, dass das Wissen, welches unter Vorbehalt steht, das Beste ist, was wir bekommen können.

Ich bin skeptisch, ob diese Methode sehr weit trägt. Diese Vorgehensweise würde nämlich, wie eben gezeigt, nur dann funktionieren, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse der eigenen vorgefassten Überzeugung widersprechen, aber weder Risikoaversion der Bevölkerung noch Selbstermächtigung oder Interessenskonflikte der Wissenschaft eine Rolle spielen. Auch wirkt das sogenannte Defizitmodell recht paternalistisch; und es kann auch nicht erklären, warum Personen mit geringer wissenschaftlicher Allgemein-

|<sup>4</sup> Oreskes, N. & E. M. Conway: *Merchants of Doubt*. London 2012.

bildung in der Mehrheit der Themen durchaus Vertrauen in die Wissenschaft setzen, |<sup>5</sup> noch warum wissenschaftsskeptische Positionen in einer Reihe der genannten Fälle gerade bei Personen mit höherem Bildungsabschluss vorkommen, die recht viel darüber wissen, wie Wissenschaft funktioniert. |<sup>6</sup>

Tatsächlich wird Vertrauen in Wissenschaft durch Verständnis für ihre Methoden und Ergebnisse sowie den Glauben an die Kompetenz von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern keineswegs garantiert. Vielmehr sind zwei andere Faktoren mindestens ebenso wichtig: die Überzeugung, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich an die Standards guter wissenschaftlicher Praxis halten, sowie die Einschätzung, dass sie gute Absichten haben und unabhängig sind von Interessen Dritter. Fehlt nur einer dieser Faktoren, so ist es um das Vertrauen in Wissenschaft schlecht bestellt. |<sup>7</sup>

Um noch ein letztes Mal auf das Wissenschaftsbarometer zurückzukommen: Von den möglichen Gründen, weshalb man Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern misstrauen könnte, findet nicht etwa die Fehleranfälligkeit von Wissenschaft besonders hohe Zustimmung, sondern die Sorge, dass die handelnden Personen zu sehr von ihren Geldgebern abhängig sein könnten (76 Prozent).

Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unsere Rolle in einer Weise wahrnehmen, die geeignet ist, Vertrauen zu wecken und zu bewahren.

Dazu gehört nicht nur ein klares Bekenntnis zu den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis, sondern auch eine erkennbare Bereitschaft, ihre Einhaltung durchzusetzen. Wir müssen mit Nachdruck gegen Fälschungen oder Plagiate vorgehen. Bewertungs- und Belohnungsmechanismen, die solche Praktiken begünstigen, müssen systematisch reflektiert und reduziert werden.

Wir brauchen auch mehr und klar kommunizierte Regeln dafür, wie Wissenschaft mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammenwirkt: Regeln guter Transferpraxis, wie wir es in einem Positionspapier hierzu genannt haben. In diesen Regeln sollte festgelegt werden, wie Transparenz über die externe Finanzierung von Forschungsvorhaben oder die Kooperation mit Transferpartnern hergestellt wird, um dem Anschein einer interessen geleiteten Wissenschaft klar und deutlich vorzubeugen. Auch Richtlinien für eine angemessene Politikberatung oder Wissenschaftskommunikation, die gegebene Unsicherheiten offenlegt und die Grenzen des bisherigen Wissens klar benennt, sollte

|<sup>5</sup> Kahan, D.: "On the Sources of Ordinary Science Knowledge and Extraordinary Science Ignorance", in: Jamieson, Kahan & Scheufele (eds.): *Oxford Handbook on the Science of Science Communication*, Oxford UP, Oxford 2017, S. 35–50.

|<sup>6</sup> Für die USA wurde nachgewiesen, dass Demokraten umso eher von einem menschengemachten Klimawandel überzeugt sind, je höher ihre wissenschaftliche Grundbildung („Ordinary Science Intelligence“) ist, für Republikaner dagegen der umgekehrte Zusammenhang gilt. Kahan, D.: „Climate-Science Communication and the Measurement Problem“, in: *Advances in Political Psychology* 36 (2015), S. 1–43

|<sup>7</sup> Vgl. Hendriks, F.; D. Kienhues & R. Bromme: Measuring Laypeople's Trust in Experts in a Digital Age: The Muenster Epistemic Trustworthiness Inventory (METI), PLOS One | DOI: 10.1371/journal.pone.0139309 October 16, 2015.

Teil dieses Regelwerks sein. Weniges ist besser geeignet Vertrauen zu erschüttern als gebrochene Heilsversprechungen. Wir sollten uns von Skeptikern und lautstarken Kritikern keinesfalls dazu verleiten lassen, einen naiven Fakten-Positivismus zu vertreten. Und wir sollten auch sehr viel mehr reflektieren, ob die im Wissenschaftssystem selbst geltenden Filter und Anreize – etwa zur Veröffentlichung positiver Resultate unter Verschweigen negativer Ergebnisse oder auch die geringe Veröffentlichungswahrscheinlichkeit von "nur" falsifizierten Hypothesen – nicht ihren Teil dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft zu untergraben.

Um die Integrität der Wissenschaft und ihre Unabhängigkeit von Interessen glaubwürdig zu vertreten, bedarf es also der Selbstkritik wie auch der Bescheidenheit. Und diese Elemente müssen auch Gegenstand eines kritischen Diskurses mit den Studierenden sein, um ihnen eine Sozialisation in die Wissenschaft, eine Identifizierung mit der Fächergemeinschaft und die Entwicklung eines wissenschaftlichen und beruflichen Ethos zu ermöglichen. Dennoch sollten wir nicht glauben oder suggerieren, dass sich die Asymmetrie Experte-Laie völlig einebnen ließe. Wissenschaft ist die gesellschaftliche Institution, deren Aufgabe es ist, Sachfragen zu klären. Sie führt nicht zu Dogmata, sondern zu methodisch abgesichertem Wissen, aber das heißt auch: Das beste Wissen kann nur in seiner Verlässlichkeit eingeschätzt werden, wenn die Methoden bekannt sind und verstanden werden. Und das ist letztlich eine Frage von Expertise. Dafür, dass dies anerkannt wird, sollten wir bei aller Selbstkritik und Bescheidenheit auch selbstbewusst künftig eintreten und werben.

Die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft verantwortungsbewusst wahrzunehmen, bedarf schließlich auch der Selbstreflexion. Wissenschaft verfügt über die notwendigen Instrumente dafür. Es gibt ganz unterschiedliche Gründe, aus denen Menschen wissenschaftlichen Erkenntnissen misstrauen oder nicht bereit sind, sie in ihren Meinungsbildungsprozessen zu berücksichtigen. Wir sollten die Meinungsbildungsprozesse von Menschen mit wissenschaftlichen Methoden untersuchen und reflektieren. Das kann auch dazu beitragen, besser zu verstehen, auf welchen Wegen und mit welchen Argumenten welche Personen zu erreichen sind.

Wissenschaft kann in dieser Situation helfen, besser zu verstehen, unter welchen Bedingungen Menschen für irritierende Informationen und fremde Überzeugungen abgeschlossen bleiben. Letztlich müssen wir aber auch akzeptieren, dass es in einer pluralistischen Gesellschaft jeder Person freisteht, selbst zu entscheiden, wie sie sich ihre Meinungen bildet.

Hingegen steht es niemandem frei, die Freiheiten anderer einzuschränken. Das gilt selbstverständlich auch für die Wissenschaftsfreiheit.

Wir sollten deshalb nicht nur dann protestieren, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in anderen Staaten durch Regierungen oder Parteien verfolgt werden; wir sollten genauso sensibel sein, wenn die Ausübung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland durch Privatpersonen behindert wird – beispielsweise durch die persönli-



che Bedrohung von Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern, die Tierversuche durchführen, oder durch Einschränkungen des inneruniversitären Diskurses, wenn Vortragende, die missliebige Hypothesen diskutieren möchten, einfach niedergebrüllt werden. Wir dürfen solche Übergriffe nicht hinnehmen.

Es darf auch nicht passieren, dass sich angegriffene Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler über Wochen und Monate allein gelassen fühlen. Jede wissenschaftliche Einrichtung muss über Strategien zum Umgang mit solchen Angriffen verfügen. Und das Wissenschaftssystem muss die Fähigkeit haben, sich gegen systematische und von langer Hand geplante Kampagnen zur Wehr zu setzen, die heute dank oder undank der sozialen Medien oft mit hoher Geschwindigkeit über die Betroffenen hereinbrechen. Hier kann nicht nur die einzelne Person, sondern auch die einzelne wissenschaftliche Einrichtung schnell an Grenzen stoßen. Wir brauchen deshalb Solidarität innerhalb des Wissenschaftssystems und Deeskalationsmechanismen, um einer Diffamierung von Personen oder der Skandalisierung von Vorgängen mit vereinten Kräften schnell und wirksam zu begegnen.

*Es gilt das gesprochene Wort.*